

NAHOSTKONFLIKT

Ausweglos in der Sackgasse

Empörung, Relativierung, Entnervtheit: Die Reaktionen in Europa und den USA fielen so aus, wie man sie erwarten konnte – vielleicht sogar heftiger.

Klar ist, dass es ein Affront gegen die eigenen Verbündeten war, als Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zuletzt bekräftigte, dass er einen Palästinenserstaat mit aller Kraft verhindern werde – obwohl die USA ihm das gerade wochenlang als Nachkriegslösung einreden wollten.

Klar ist auch, dass Amerika und Europa die Aussage Netanjahus nicht auf sich beruhen lassen können. Die Bundesregierung mahnte, eine Zweistaatenlösung bleibe „für uns die einzige Möglichkeit“ für Frieden in der Region. US-Präsident Biden redete Netanjahu ins Gewissen und erklärte danach, auch mit diesem Premier sei ein Palästinenserstaat möglich. Und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell drohte gar, die Zweistaatenlösung notfalls gegen den Willen Israels durchzusetzen. Das klang nach gerissenem Geduldssaden.

Kein Wunder: Netanjahu ruiniert gerade die letzten Illusionen seiner Verbündeten. Die Zweistaatenlösung war der Strohalm, an den der Westen sich klammerte – obwohl sie immer ferner rückte: sabotiert von Netanjahus Siedlungspolitik und palästinensischen Sympathien für Hassprediger, vernachlässigt vom untätigen Europa. Es ist



IM FOKUS

STEVEN GEYER

Zeit, die Augen zu öffnen: Der Konflikt steckt in der Sackgasse, ausweglos.

Wer jetzt die Hoffnung ventilert, gerade die Brutalität des Hamas-Terrors vor 7. Oktober und die Heftigkeit der israelischen Vergeltung könnten einen Neustart ermöglichen, redet die Lage schön.

„Netanjahu agiert rein innenpolitisch motiviert, weil er massiv unter Druck steht und Neuwahlen fürchten muss. Dennoch ist es Wunschenken, dass die Israelis dabei für einen Palästinenserstaat votieren würden. Sie haben nicht nur die menschenverachtende Gewalt der Hamas gesehen, sondern auch, wie dafür in den Palästinensergebieten plaudert wurde.“

So analysiert es der EU-Außenbeauftragte Borrell wohl am treffendsten, wenn er sagt, von Israelis und Palästinensern sei kein Kompromiss zu erwarten. Wie er die Zweistaatenlösung jedoch „von außen aufzwingen“ will, ist völlig unklar. Das wäre zudem schon deshalb problematisch, weil Israel demokratisch verfasst ist. Anders als alle Anrainer und anders als die Selbstverwaltung der Palästinenser. Man darf skeptisch sein, wie die USA diese Verwaltung so reformieren wollen, dass sie nach Kriegsende eine legitime Regierung für ein unabhängiges Gaza werden kann.

So liegt die Hoffnung wieder in der Hand der Israelis: Sollten sie glauben, dass die Zweistaatenlösung Sicherheit und Frieden bringt, müssten sie bei nächster Gelegenheit gegen Netanjahu und für einen Neustart stimmen. Darauf wetten sollte aber niemand.

KURZ GEMELDET

Litauen und Polen wollen sich gegenseitig schützen

VILNIUS. Litauen und Polen wollen ihre Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich ausbauen. „Wir werden die militärische Kooperation stärken“, sagte der litauische Präsident Gitanas Nausėda am Sonntag nach einem Treffen mit seinem polnischen Kollegen Andrzej Duda in Vilnius. Die Nachbarländer sorgen sich vor einer Ausweitung des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Zwischen den beiden EU- und Nato-Staaten verläuft ein Landkorridor – die sogenannte Suwałki-Lücke. Russland könnte das Baltikum durch dessen Einnahme vor restlichen Nato-Gebiet abschneiden.

NP DIREKT

So erreichen Sie die Redaktion
direkt@neuepresse.de
August-Madsack-Straße 1, 30559 Hannover

Weg für Maaßen-Partei ist frei

Mitgliederversammlung stimmt zu – Werteunion will bei Landtagswahlen im Herbst antreten

VON SIMONE ROTHE

ERFURT. Ex-Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen scheint zufrieden: „Zusammen werden wir das Land wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Danke!“, schrieb er auf X (vormals Twitter), nachdem er am Samstag in Erfurt ins Auto gestiegen war. Zuvor hatte ihm eine Mitgliederversammlung der sehr konservativen Werteunion freie Hand für sein Projekt Parteigründung rechts von der CDU gegeben – mit 95 Prozent, wie Maaßen schrieb. Öffentlichkeit war bei der Versammlung des nach eigenen Angaben bisher CDU/CSU-nahen Vereins nicht zugelassen. Journalisten und Kamerateams harrten auf der Straße aus – bis Maaßen kommentarlos wegfuhr.

Die Neugründung soll im Gegensatz zur CDU keine Partei mit einer „Brandmauer“ und damit „gesprächsbereit in alle politischen Richtungen“ sein, teilte die Werteunion mit, nachdem ihre Mitglieder der Übertragung des Namensrechts an „WerteUnion“ auf die geplante Parteigründung zugestimmt hatten. Kontakte zur AfD, die in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt als erwiesen rechtsextrem vom Verfassungsschutz eingestuft wird, sind damit offenbar nicht ausgeschlossen. Ein Antritt der neuen Partei bei den Landtagswahlen im Herbst wird angepeilt.

Maaßen sprach von einem Lossagen der Werteunion von CDU/CSU – sie ist keine Gliederung der Unionsparteien. „Seit ihrer Gründung 2017 ist sie vom Parteistab- und Parteipolitbüro bekämpft worden“, erklärte er. Mit der CDU-Führung liegt der 61-Jährige schon länger im Dauerkonflikt – sie wirft ihm unter



HOFFT AUF VIEL ZULAUF VON UNZUFRIEDENEN CDU/CSU-WÄHLERN: Hans-Georg Maaßen, der Vorsitzende der Werteunion.

Foto: Michael Reichel/dpa

anderem eine „Sprache aus dem Milieu der Antisemiten und Verschwörungsideologien bis hin zu volkischen Ausdrucksweisen“ vor. Seit 2023 läuft ein Parteiaus-schlussverfahren gegen den Juristen und ehemaligen Spitzenbeamten.

Eine Maaßen-Partei wäre die zweite prominente Neugründung 2024. Anfang des Jahres hatte sich bereits das Bündnis Sahara Wagenknecht

der ehemaligen Linke-Politikerin als Partei gegründet. Beide Formationen zielen auch darauf, der AfD Stimmen abzujagen. Maaßen will seine Partei zwischen CDU und AfD platzieren, dort sieht er eine Lücke. Auf dem Terrain tummeln sich allerdings auch noch die Freien Wähler.

Anfang Januar hatte Maaßen überraschend die Parteigründung angekündigt. Für die CDU wird der Ausschluss

nun leichter: Wer Mitglied in der geplanten Partei der konservativen Werteunion wird, könne nicht in der CDU bleiben, bekräftigte ein CDU-Sprecher am Sonntag. Doppelmitgliedschaften schließe die Parteisetzung aus.

Maaßen, der bisher dem Thüringer CDU-Landesverband angehört und der 2021 in Südhthringen erfolglos für den Bundestag kandidiert hatte, liebäugelt mit den

Wahlen in Ostdeutschland. „Die Partei könnte bereits bei den anstehenden ostdeutschen Landtagswahlen antreten und würde mit allen Parteien zusammenarbeiten, die diese Programmatik unterstützen und die zu einer Politikwende in Deutschland bereit sind“, hatte er Anfang Januar erklärt.

Die Parteigründung werde so zeitnah erfolgen, dass eine Teilnahme an den Landtagswahlen möglich sein sollte, hieß es nun auf der Internetseite der Werteunion. Inhaltlich steht Maaßen unter anderem für eine deutlich restriktivere Flüchtlingspolitik und die Abschaffung einer „Duldung“ von Geflüchteten.

Die geplante Parteigründung soll der Werteunion nach eigenen Angaben bereits Zulauf verschafft haben. Die Mitgliederzahl bewege sich von mehr als 4000 in Richtung 6000, sagte der Vizebundesvorsitzende Hans Pistor. In der Spitze habe es nach der Ankündigung etwa 700 Anträge an einem Tag gegeben.

Viele Mitglieder würden die Ansicht von Maaßen teilen, dass sich die Unionsparteien seit der Ära von Kanzle-

Die Partei könnte bereits bei den anstehenden ostdeutschen Landtagswahlen antreten.

HANS-GEORG MAAßEN, Chef der Werteunion

rin Angela Merkel (CDU) „inhaltlich und programmatisch immer weiter von ihren Wurzeln entfernen“. Die Bürger erwarteten ein Umsteuern in fast allen zentralen Politikbereichen, sagte Maaßen nach der Mitgliederversammlung. In eine rechte Ecke will die Vereinigung aber nicht gedrängt werden: Sie „distanziert sich klar, eindeutig und in aller Form von allen politisch-extremistischen Bestrebungen verfassungswidrigen oder verfassungsfremden Charakter!“ erklärte sie. Einzelnen Mitgliedern werden allerdings rechtsextreme Verbindungen nachgesagt.

DEBATTE UM AFD-VERBOTSVERFAHREN

Die Debatte um ein mögliches AfD-Verbotsverfahren reißt nicht ab. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bewertet die Erfolgsaussichten eines solchen Verfahrens kritisch. Sie sagte der Funke-Mediengruppe: „Ein Parteiverbot hat sehr hohe Hürden.“ Die Verfassung sehe das „scharfste Instrument der wehrhaften Demokratie zu Recht als Ultima Ratio vor“. Vor allem müsse mit der AfD die politische Auseinandersetzung gesucht werden, betonte sie. „Wenn sich Menschen einer sol-

chen Partei zuwenden, müssen wir dafür werben, dass diese Menschen zu den demokratischen Parteien zurückkommen.“ Der bayerische Ministerpräsident Söder sprach sich in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ gegen ein Verbotsverfahren aus. Seien Mitglieder der AfD „erkennbare Verfassungsfeinde“, brauche es dennoch Konsequenzen. Dazu zählten etwa „die Unvereinbarkeit mit dem öffentlichen Dienst oder Beschränkungen bei der Parteifinanzierung“.

Grünen-Chef Omid Nouripour hat sich für ein Verbot der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) ausgesprochen. „Im Kampf gegen Rechtsextremismus darf der Rechtsstaat die Vorfeldorganisationen der AfD nicht aus dem Blick verlieren“, sagte er der ARD. Diese spielten eine entscheidende Rolle bei der Vernetzung und dem Erstarken von Hass und Hetze. „Vereine wie die Junge Alternative arbeiten offen gegen unsere Demokratie und müssen verboten werden.“



Die Junge Alternative gilt Kritikern als rechtsextremistische Organisation. Foto: IMAGO

Netanjahu brüskiert US-Präsident Biden

Debatte um Zweistaatenlösung im Nahostkonflikt – Geheimdienst erwartet monatelange Kämpfe in Gaza

VON SARA LEMEL

TEL AVIV. Die USA drängen zur Lösung der Nahostkrise auf die Schaffung eines eigenständigen palästinensischen Staates – doch Israels Regierung will davon nichts wissen. Am Wochenende brüskierte Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu den US-Präsidenten Joe Biden.

Netanjahu wies die Darstellung von Biden zurück, eine Zweistaatenlösung nach dem Gazakrieg sei mit ihm als Regierungschef machbar. „Ich werde keine Kompromisse eingehen, wenn es um die volle israelische Sicherheitskontrolle über das gesamte Gebiet westlich des Jordans geht – und das steht im Widerspruch zu einem palästinensischen Staat“, schrieb



WOLLEN DIE FREILASSUNG DER 136 VON DER HAMAS ENTFÜHRTE GEISELN: Demonstrierende in Tel Aviv fordern ein Ende der Kämpfe. Foto: Ilya Yefimovich/dpa

Netanjahu auf der Plattform X. Biden hatte zuvor nach einem Telefonat mit Netanjahu auf die Frage von Journalisten, ob eine Zweistaatenlösung unmöglich sei, solange Netanjahu noch im Amt sei, gesagt: „Nein, ist sie nicht.“ Er denke, dass man in der Lage sei, eine Lösung zu finden, sagte Biden. Es gebe „verschiedene Arten von Zweistaatenlösungen“.

Auch UN-Generalsekretär António Guterres sprach sich erneut für eine Zweistaatenlösung aus. „Das Recht des palästinensischen Volkes darauf, einen eigenen Staat zu schaffen, muss von allen anerkannt werden“, sagte Guterres. Die Verweigerung des Rechts auf Eigenstaatlichkeit für das palästinensische Volk sei inakzeptabel. Die israelische Armee

berichtete, sie habe bei Ein-sätzen im Gazastreifen Dutzende Terroristen getötet und eine große Menge an Waffen gefunden.

Das „Wall Street Journal“ berichtete, nach einer Schätzung der US-Geheimdienste sei es Israel bislang nur gelungen, 20 bis 30 Prozent der Hamas-Kämpfer zu töten. Damit sei Israel noch weit entfernt von seinem Ziel einer Zerstörung der islamistischen Organisation. Die USA gingen davon aus, dass die Hamas genug Munition habe, um israelische Truppen in Gaza noch monatelang anzuzuführen, berichtete die Zeitung unter Berufung auf nicht genannte US-Regierungsbeamte. Die Hamas versucht demnach auch, ihre Polizeikräfte in Teilen der Stadt Gaza wieder aufzubauen. Die US-

Regierung habe ihre Erwartungen an die Kriegsziele heruntergestuft, von einer Zerstörung der Hamas zu einer Abschwächung der Sicherheitsbedrohung. Das Ziel der Hamas sei lediglich, den Krieg zu überleben. Den US-Schätzungen zufolge habe die Hamas vor dem Krieg zwischen 25.000 und 30.000 Kämpfer gehabt.

Irans Präsident Ebrahim Raisi drohte Israel mit Vergeltung für einen mutmaßlich israelischen Luftschlag in der syrischen Hauptstadt Damaskus, bei dem fünf Mitglieder der iranischen Revolutionsgarde getötet wurden.

Auslöser des Gazakriegs war ein Überfall der Hamas und anderer extremistischer Gruppen am 7. Oktober im Süden Israels, bei dem 1200 Menschen getötet wurden.